

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 31.05.2016

Ort: Stadtverordnetensaal des Rathauses, Markt 1, 09111 Chemnitz

Zeit: 16:33 Uhr - 18:05 Uhr

Vorsitz: Hans-Rudolf Merkel

Beschlussfähigkeit

Soll: 15 stimmberechtigte Ausschussmitglieder/Oberbürgermeisterin
Ist: 13 stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Anwesenheit

Entschuldigt

Frau Maria Droßel	Agentur für Arbeit	
Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte der SVC	dienstlich
Frau Sabine Pester	Fraktion DIE LINKE	privat
Herr Hartmut Schulz	Polizeidirektion Chemnitz - Erzgebirge	privat
Frau Ute Spindler	Kinder- und Jugendbeauftragte der SVC	dienstlich
Herr Gordon Tillmann	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP	dienstlich

Unentschuldigt

Frau Birgit Feuring	Amtsgericht	
Herr Maximilian Rietzsch	sachkundiger Einwohner	

Entschuldigt

Frau Barbara Ludwig	Oberbürgermeisterin	dienstlich
---------------------	---------------------	------------

Verspätetes Erscheinen

Frau Gabriele Käschel	Regionalstelle Chemnitz der Sächsischen Bildungsagentur	ab 16.37 Uhr anwesend
Herr Martin Müller	Kirchgemeinde St. Michaelis Chemnitz	ab 16.45 Uhr anwesend, dienstlich
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	ab 16.40 Uhr anwesend

Zeitweilige Abwesenheit

Frau Petra Wittwer	Arbeitsagentur Chemnitz	17.49 Uhr - 18.03 Uhr abwesend, privat i. V. für Fr. Droßel
--------------------	-------------------------	--

stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Herr Alexander Dierks	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Frau Cornelia Dietrich	Verein Kinder-, Jugend- und Familienhilfe e. V.

Frau Jacqueline Drechsler	SPD-Fraktion
Frau Katrin Frieden	AWO Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V.
Frau Christin Furtenbacher	Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Herr Dr. Alexander Haentjens	Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP
Herr Jörg Hopperdietzel	Fraktion DIE LINKE
Herr Stephan Kämpf	Domizil e. V.
Frau Karen Pethke	Kindervereinigung Sachsen e. V.

stellv. stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Frau Katrin Pritscha	Fraktion Die Linke	i. V. für Fr. Pester
----------------------	--------------------	----------------------

beratende Ausschussmitglieder

Herr Pfarrer Holger Bartsch	Ev. Kirchenbezirk Chemnitz
Frau Gunda Georgi	Amtsleiterin Amt 51
Herr Johannes Kaufmann	Kath. Gemeinde
Herr Thoralf Nieke	Grundsicherung für Arbeitssuchende
Herr Philipp Rochold	Bürgermeister Dezernat 5
Frau Dr. Sandra Zabel	Stadtelternrat Kindertageseinrichtungen

sachkundige Einwohner

Herr Jannick Kersten

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Marion Forberg	Abteilungsleiterin Abt. 51.2
Frau Ingrid Kutsche	Sachbearbeiterin Sozialberichterstattung Sg 50.03
Frau Sylvia Lammich	Jugendhilfeplanerin Abt. 51.1
Frau Monika Reichel	Abteilungsleiterin Abt. 51.4
Herr Falk Reinhardt	Leiter SE 17
Frau Kathrin Schäfer	Abteilungsleiterin Abt. 51.5
Herr Michael Seidel	Referent Dezernat 5
Herr Tobias Stopat	Abteilungsleiter Abt. 51.1
Frau Cornelia Utech	Amtsleiterin Amt 50

Schriftführerin

Frau Lisa Bunkowski	Sachbearbeiterin Abt. 15.4
---------------------	----------------------------

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellv. Ausschussvorsitzende Herr Merkel** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Der Jugendhilfeausschuss bedankt sich bei **Frau Forberg (Abteilungsleiterin Abt. 51.2)** für die langjährige gute Zusammenarbeit und wünscht für die Zukunft alles Gute.

Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51) gibt bekannt, dass die Nachfolge der Abteilungsleiterin der Kindertageseinrichtungen Frau Anette Stolp ab 01.06.2016 übernehmen wird.

2 Feststellung der Tagesordnung

Herr Merkel gibt bekannt, dass die Beschlussvorlage **B-123/2016** zurückgezogen wird, da die Maßnahme über das Investitionskraftstärkungsgesetz finanziert werden soll.

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit **festgestellt**.

3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich - vom 26.04.2016

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als **genehmigt**.

4 Beschlussvorlagen an den Jugendhilfeausschuss

- 4.1 Zuwendungen 2016 an Träger der freien Jugendhilfe gemäß der „Richtlinie des Amtes für Jugend und Familie der Stadt Chemnitz zur Förderung von baulichen Maßnahmen und Ausstattungen für Leistungen der Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII (außer Kindertageseinrichtungen)“
 Vorlage: B-097/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Frau Georgi führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-097/2016

Der Jugendhilfeausschuss beschließt auf Grundlage der „Richtlinie des Amtes für Jugend und Familie zur Förderung von baulichen Maßnahmen und Ausstattungen für Leistungen der Jugendhilfe im Rahmen des SGB VIII (außer Kindertageseinrichtungen)“ vom 07.07.2015 die Gewährung von Zuwendungen für das Haushaltsjahr 2016 in Höhe von **9.510,44 €** wie folgt:

Träger	Maßnahme	Vorschlag kommunaler Zuschuss
KINDERVEREINIGUNG Chemnitz e. V.	Ersatzbeschaffung Lichttechnik für Kinder- und Jugendklub „B-Plan“	3.643,54 €
Naturschutzbund Deutschland Regionalverband Erzgebirge e. V.	Ersatzbeschaffung PC-Technik	646,90 €
Ev.-Luth. Stiftskirchgemeinde Chemnitz Glösa-Ebersdorf	Ersatzbeschaffung für Spielplatz	2.970,00 €
KINDERVEREINIGUNG Chemnitz e. V.	Erstausstattung Büromöbel für die Schulsozialarbeit an der Heinrich-Heine-Grundschule	2.250,00 €

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (13 Ja-Stimmen)

4.2

Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V. für die Baumaßnahme „Komplettsanierung des ehemals mischgenutzten Objektes als Kindertagesstätte“ in der Sonnenstraße 42 – Weiterführung Planung und Bauausführung

Vorlage: B-111/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Frau Georgi führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Frau Stadträtin Pritscha (Fraktion DIE LINKE) möchte wissen, ob bei der Maßnahme die Barrierefreiheit berücksichtigt wurde.

Herr Stopat (Abteilungsleiter Abt. 51.1) erklärt, dass Elemente des barrierefreien Bauens in Abstimmung mit dem Freien Träger verbaut werden. Ein behindertengerechter Aufzug ist jedoch nicht vorgesehen, da die finanziellen Mittel dafür nicht ausreichen.

Frau Stadträtin Pritscha fragt, ob der Aufzug so verbaut wird, dass zu einem späteren Zeitpunkt der behindertengerechte Ausbau erfolgen kann.

Herr Stopat führt aus, dass bei zu Verfügung stehenden Mitteln nachgerüstet werden kann. Zum jetzigen Zeitpunkt sind für diesen Fall noch keine Vorbereitungen getroffen worden.

Beschluss B-111/2016

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V. für die Baumaßnahme „Komplettsanierung des ehemals mischgenutzten Objektes als Kindertagesstätte“ in der Sonnenstraße 42 im Jahr 2016 eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 1.498.501 € zu gewähren. Diese Zuwendung ist vorgesehen für Planungs- und Bauleistungen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

4.3

Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für die Baumaßnahme "Erneuerung Heizung, Elt-Installation, Aufzug“ im Objekt Kita Bernhardstraße 4 - Weiterführung der Planung und Bauausführung

Vorlage: B-121/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Frau Georgi führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Es gibt keinen Verhandlungsbedarf.

Beschluss B-121/2016

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Chemnitz und Umgebung e. V. für die Baumaßnahme "Erneuerung Heizung, Elt-Installation, Aufzug“ im Objekt Kita Bernhardstraße 4 in der Jahresscheibe 2016 für die Weiterführung der Planung und die Bauausführung eine finanzielle Zuwendung in Höhe von 199.000 € zu gewähren.

Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt (12 Ja-Stimmen, 1 Stimmenthaltung)

- 4.4 Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Röhrsdorfer Kinderwelt e. V. für die Baumaßnahme "Komplettsanierung" im Objekt Hort Beethovenweg 44 – Weiterführung der Planung und Bauausführung
Vorlage: B-123/2016 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Die Vorlage wird zurückgezogen.

- 5 Informationsvorlage an den Jugendhilfeausschuss
-

Sozialberichterstattung der Jahre 2014 und 2015 des Sozialamtes, des Amtes für Jugend und Familie und des Gesundheitsamtes
Vorlage: I-008/2016 Einreicher: Dezernat 5/Ä 50, 51, 53

Frau Georgi führt in den Tagesordnungspunkt ein.

Herr Stadtrat Hopperdietzel (Fraktion DIE LINKE) bemerkt, dass sich die Kindeswohlgefährdung zum Vorjahr fast halbiert hat. Er möchte wissen, ob das Netzwerk an der Stelle weggebrochen ist. Zur Heimunterbringung stellt er fest, dass ein deutlicher Aufwuchs zu erkennen ist. Die Verweilzeiten im Kinder- und Jugendnotdienst werden zudem länger, weil zu wenige Heimplätze schnell akquiriert werden können.

Frau Georgi berichtet, dass man mittlerweile einen sehr guten Arbeitsstand mit dem Amt 50, den Schulen und Kindertageseinrichtungen erreicht hat. Gefährdungen werden weiterhin gemeldet.

Frau Schäfer (Abteilungsleiterin Abt. 51.5) ergänzt, dass die Gründe vielschichtig sind. Man hat in Chemnitz bereits viel getan wie das Netzwerk für Frühe Hilfen oder die Familienzentren. Die lange Verweildauer im Kinder- und Jugendnotdienst ist dem geschuldet, dass nicht sofort geeignete Anschlusshilfen erfolgen können.

Frau Georgi fügt hinzu, dass die Entwicklungen der Heimunterbringung etwas täuschen, da die unbegleiteten minderjährigen Ausländer (umA) hinzukommen. Nach § 34 SGB VIII gehören die deutschen Kinder als auch die Anschlusshilfen nach den Inobhutnahmen der umA dazu. Sie erinnert an den Stellenzuwachs für die Steuerung der Hilfen zur Erziehung. Es finde aller 3 Monate eine Controlling-Beratung statt, in der die aktuellen Entwicklungen analysiert werden. Es ist sichtbar, dass die Hilfen nach § 34 SGB VIII für die deutschen Kinder nach unten gehen. Ab Januar 2016 werden die umA getrennt betrachtet. Man könne auch einen großen Erfolg bei der Unterbringung durch Pflegefamilien erkennen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN) fragt, weshalb die Investitionen im Bereich Amtsbudget und Kindertageseinrichtungen im Jahr 2013 besonders hoch waren. Zum anderen möchte sie wissen, was angedacht sei, um die Tagespflege wie beschrieben weiterzuentwickeln.

Herr Stopat führt aus, dass dies von den Beschlussituationen abhängt und welche finanziellen Möglichkeiten die Stadt hat. In allen Bereichen gebe es einen ständigen An- und Abstieg.

Frau Forberg (Abteilungsleiterin Abt. 51.2) fügt hinzu, dass es die Tagespflege

noch nicht lange gibt und man diese schnell ausgebaut hat. Man merkt, dass die vorgegebene Qualifizierung nicht ausreicht, um dem Anspruch gerecht zu werden. Es gibt Tagespflegepersonen, die man vor Ort begleiten möchte. Dies könne man jedoch nicht verallgemeinern.

Herr Stadtrat Dr. Haentjens (Fraktionsgemeinschaft CDU/FDP) bezieht sich auf Anlage 2, Seite 17 und 35 zur Thematik Wohnungsverlust, Miet- und Energieschuldnerberatung. In 2013 und 2014 gab es einen enormen Anstieg im letztgenannten Bereich. In der Intensivberatung bei drohender Wohnungslosigkeit (insbesondere präventive Wohnungslosenhilfe) gab es ebenso ein Anwachsen. Er wünscht sich eine genauere Erläuterung.

Frau Utech (Amtsleiterin Amt 50) sagt zum Anstieg des Bedarfes an Miet- und Energieschuldnerberatung, dass die Energieversorgung und die Vermieter schneller dabei seien, Mieter aufzufordern, sobald diese im Rückstand seien. Die Intensivberatung sei aufgrund der Einkommensverhältnisse schneller gestiegen. Die Vereinbarung mit dem Freien Träger wurde so abgeschlossen, dass es eine Grundberatung gebe (3 Stunden). Zudem besteht noch eine Bonusregelung, wenn der Freie Träger innerhalb von 2 weiteren Stunden die Schulden geregelt habe. Demnach wäre die Schuldnerberatung dann beendet. Anderenfalls erfolgt die nächste Stufe der Beratung. Es gibt Rückmeldungen, dass die Hilfefälle immer komplexer werden. Oftmals ist es so, dass die Schuldner in die Privatinsolvenz vermittelt werden, wenn der ‚Schuldenberg‘ so groß ist, dass keine Regelung über die klassische Schuldnerberatung erfolgen kann.

Die Vorlage wird dankend zur Kenntnis genommen.

- 6 Aktuelle Information zur Situation von unbegleiteten minderjährigen Ausländern
BE: Frau Georgi, Amtsleiterin Amt 51
-

Frau Georgi berichtet zum Tagesordnungspunkt anhand einer Power-Point-Präsentation.

Inhalte:

- Statistische Daten
- Finanzielle Auswirkungen
- Aktuelle Aufnahmesituation
- Aktuelle Unterbringungssituation
- Integrationsleistungen
- Vorhaben/Projekte
- Sachverhalte mit Klärungsbedarf

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) möchte zum Monat März 2016 der Statistik wissen, ob bei den knapp 250 Kindern auch der Anteil enthalten sei, der in den Clearinghäusern untergebracht ist.

Frau Georgi führt aus, dass bei 243 Kindern sowohl die ‚Altfälle‘ (51 Kinder vor Gesetzeslage 01.11.2016), also vorläufige Inobhutnahmen als auch die Inobhutnahmen in den Clearinghäusern betroffen sind.

Herr Stadtrat Otto fragt nach, ob der Großteil der 101 Inobhutnahmen vom 15.03.2016 aus den Clearinghäusern stammen.

Frau Georgi bestätigt dies. Vereinzelt zählen auch Kinder aus dem Kinder- und Jugendnotdienst und Inobhutnahmen bei geeigneten Personen dazu.

Herr Stadtrat Hopperdietzel erlebt es oft, dass umA die Clearinghäuser selbstständig verlassen bzw. dort nicht ankommen, da sie zu ihren Verwandten flüchten. Er möchte wissen, wie lange es außerhalb Sachsens dauere, die Kinder zu ihren Familien zu bringen.

Frau Georgi liegen keine Erfahrungen vor. Im Clearinghaus habe sie Kinder, die Verwandte in München haben. Gesetzlich sei sie verpflichtet, Familienzusammenführungen vorrangig zu forcieren, eh Jugendhilfe gewährt wird. In München werde der umA jedoch nicht abgenommen, da dem Amt kein Zuweisungsbescheid vorliegt und somit keine Kosten erstattet werden. Dies sei eine klare Lücke im Gesetz. Darauf werde regelmäßig im SMS hingewiesen.

Herr Pater Kaufmann (beratendes Mitglied) möchte wissen, was passiert, wenn der umA 18 Jahre alt werde.

Frau Georgi führt aus, dass es ein Übergangsmanagement gibt. 3 Monate vor ‚Rausfall‘ der Minderjährigkeit werde sich der Fall angeschaut und über Perspektiven nachgedacht. Es gibt Kriterien für die Gewährung einer Hilfe nach § 41 SGB VIII. Wenn man beispielsweise weiß, dass der Jugendliche in naher Zukunft abgeschoben wird, fällt er dann in die Zuständigkeit des Sozialamtes und bekommt Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz und keine weiteren Hilfen nach SGB VIII. Der Jugendliche müsse zudem selbst den Wunsch äußern, dass er in einer stationären Einrichtung verbleiben möchte. Es müsse zudem nach § 41 SGB VIII geprüft werden, dass eine weitgehende Verselbständigung des jungen Menschen erreicht werden kann. Wenn der Jugendliche demnach beispielsweise eine Berufsausbildung oder ein berufsvorbereitendes Jahr begonnen hat, werde dieser sicherlich nicht auf sich allein gestellt sein. Man gewähre dann beispielsweise nach § 13 SGB VIII eine Betreuung über eine Fachleistungsstunde und nicht eine stationäre Hilfe. Somit kann ein guter Übergang in das Erwachsenendasein geschaffen werden.

Herr Pater Kaufmann fragt nach, ob die Stadt die Gelder erstattet bekomme.

Frau Georgi bestätigt, dass das Ministerium schriftlich zugesichert hat, dass bei Vorliegen des § 41 SGB VIII die Kosten erstattet werden, wenn ein Hilfeplan vorliegt und die Hilfe notwendig und geeignet ist. Bisher ist dieser Fall noch nicht eingetreten.

Frau Dr. Zabel (beratendes Mitglied) möchte wissen, wie sich die Thematik der umA auf die Jugendfreizeiteinrichtungen auswirkt und ob es dort Probleme gebe.

Frau Georgi sagt, dass sich die Einrichtungen sehr um eine gute Freizeitgestaltung bemühen. Es gibt Angebote direkt in oder auch außerhalb der Einrichtung. Während der Fachplanung habe man mit den Betreibern gesprochen und sich mehr Angeboten für Flüchtlingskinder für die Zukunft gewünscht.

Frau Utech ergänzt, dass der Übergang der umA in die Volljährigkeit begleitend stattfinde. Es werde im Fachgespräch geklärt, welche Wohnform die Geeignetesten sei. Zudem bekomme der Jugendliche einen Sozialarbeiter zugewiesen, der ihn weiter betreut und in verschiedenen Bereichen unterstützend zur Seite steht (Sprachkurs, Beruf, etc.).

7 Verschiedenes

7.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Frau Georgi informiert zunächst zum im Mai 2016 stattgefundenen Runden Tisch Jugendhilfe zum Thema ‚ Herausforderungen und Chancen bei der Versorgung, Betreuung und Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit komplexen Hilfebedarfen‘.

Probleme:

- fehlende Unterbringungsmöglichkeiten
- fehlende schulische Angebote
- nicht zufriedenstellende medizinische und therapeutische Betreuung
- Zusammenwirken der Fachkräfte

Ergebnisse aus der Beratung:

- man sollte verstärkt in präventive Maßnahmen investieren
- in bestehenden Angeboten mehr in Elternarbeit investieren
- Arbeitskreis Jugendhilfe, Sozialhilfe, Schule und Psychiatrie etablieren
- Verfahren zum Ruhen der Schulpflicht mit den Institutionen neu gestalten (in Vorbereitung der geplanten Überführung der Zuständigkeit für alle Leistungen für behinderte Kinder und Jugendliche in das SGB VIII)

Sie berichtet zum im Juni 2016 geplanten Termin mit dem kommissarischen Leiter des Landesjugendamtes. Man versuche ein ähnliches Netzwerk Jugendhilfe, Sozialhilfe, Schule und Psychiatrie aufzubauen (wie es bei den Frühen Hilfen etabliert ist). Des Weiteren wolle man sich mit dem kommunalen Sozialverband (KSV) in Verbindung setzen, ob für Kinder und Jugendliche ein Angebot geschaffen werden könnte, bei dem Jugendhilfe, Krankenversicherung, SGB II, SGB XII und der KSV eine Mischfinanzierung hibekommen. Im Januar 2017 werde ein nächster Runder Tisch zu den Ergebnissen der vorgenommenen Aufgaben stattfinden.

* * *

Der Ferienkalender 2016 werde in Kürze in 5.300-facher Ausführung gedruckt vorliegen. Dieser beinhaltet 407 Veranstaltungen und 35 Reisen (Camps). Weiter integriert wurden 76 Gutscheine, eine Übersicht zu den Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen und den Freibädern in Chemnitz.

* * *

Frau Georgi gibt bekannt, dass der KSV-Bescheid über die Gewährung von Fördermitteln für die 3 neuen Kindertageseinrichtungen vorliege und eine Förderung in Höhe von ca. 1,8 Millionen Euro erfolgt. Somit reduziert sich die Summe der Mietkosten. Trägergespräche werden dazu folgen.

* * *

Herr Bürgermeister Rochold informiert zum Thema Sucht. Dieses werde in der August-Sitzung 2016 aufgerufen. Dabei werden die Beratung, Krankenhilfe, Koordi-

nation und konzeptionelle Arbeit des Amtes 53 vorgestellt. Zudem wird die Polizeidirektion eingeladen, um über die aktuelle Lage zu sprechen. Über die Sommerpause werde sich zu einer gemeinsamen Sitzung des Jugendhilfeausschusses und des Sozialausschusses zu diesem Thema verständigt.

7.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Furtenbacher fragt zum aktuellen Stand des Platzproblems im Hort Augsburgsberger Straße und ob die Medienstelle schon eher ausziehen konnte.

Frau Forberg erklärt, dass die Medienstelle nicht so schnell verlagert werden könne. Diese wird jedoch 2 Zimmer beräumen, die ab September 2016 zur Verfügung stehen werden.

8 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der **öffentlichen** Sitzung werden die **Stadtratsmitglieder Frau Pritscha (Fraktion DIE LINKE)** und **Frau Drechsler (SPD-Fraktion)** bestimmt.

* * *

Herr Merkel schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -.

14.06.16
Datum *Hans-Rudolf Merkel*
Hans-Rudolf Merkel
stellv. Vorsitzender
des Ausschusses

15.06.16
Datum *Pritscha*
Pritscha
stellv. Mitglied
des Ausschusses

14.06.16
Datum *J. Drechsler*
Drechsler
Mitglied
des Ausschusses

09.06.16
Datum *Bunkowski*
Bunkowski
Schriftführerin